



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG • REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART • REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die vier Regierungspräsidien des Landes Baden-Württemberg verarbeiten im Rahmen der Durchführung des Projekts „Netzwerk von Demobetrieben zur Förderung der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen in Baden-Württemberg“ (BiodivNetz BW) personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Für den Regierungsbezirk Freiburg:

Regierungspräsidium Freiburg
Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
Telefon: 0761 208-0
E-Mail: poststelle@rpf.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Karlsruhe:

Regierungspräsidium Karlsruhe
Schlossplatz 1 – 3
76131 Karlsruhe
Telefon: 0721 926-0
E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Stuttgart:

Regierungspräsidium Stuttgart
Ruppmannstraße 21
70565 Stuttgart
Telefon: 0711 904-0
E-Mail: poststelle@rps.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Tübingen:

Regierungspräsidium Tübingen
Konrad-Adenauer-Straße 20
72072 Tübingen
Telefon: 07071 757-0
E-Mail: poststelle@rpt.bwl.de

2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern:

Regierungsbezirk Freiburg:

E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de; Telefon: 0761 208-0

Regierungsbezirk Karlsruhe:

E-Mail: Datenschutz@rpk.bwl.de; Telefon: 0721 926-0

Regierungsbezirk Stuttgart:

E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rps.bwl.de; Telefon: 0711 904-0

Regierungsbezirk Tübingen:

E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de; Tel.: 07071 757-0

3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

a) Zweck

Wir verwenden die im Bewerbungsbogen enthaltenen personen- und betriebsbezogenen Daten, soweit es für die Durchführung des Projekts erforderlich ist.

Wir verarbeiten die Kontaktdaten (z. B. Name, Anschrift, Telefon- und E-Mail Daten), allgemeine Daten (Bankverbindung), Betriebsdaten (z. B. Betriebsspiegel, ackerbaulichen Maßnahmen, Teilnahme an Fördermaßnahmen), Aufzeichnungen (z. B. Pflanzenschutz, Düngung), Rechnungsdaten für erbrachte Leistungen im Rahmen der Teilnahme am Demonstrationsnetzwerk sowie betriebswirtschaftliche Daten (z. B. Einkaufspreise für Betriebsmittel, Verkaufserlöse für die erzeugten Produkte, Kostenaufwand für die einzelnen Kulturen, evtl. Buchführungsdaten) der teilnehmenden Betriebe, um diese im Rahmen des Projekts „BioDivNetz BW“ über das Vorhaben aufzuklären und Fragen zu beantworten sowie die Betriebe schon vor der offiziellen Teilnahme betriebsgerecht betreuen zu können.

Ihre Bankdaten (Name, IBAN, BIC) verarbeiten wir, um Ihnen Entschädigungszahlungen auszahlen zu können. Die Verarbeitung Ihrer personen- und betriebsbezogenen Daten ist zur Vorbereitung und im Falle des Vertragsschlusses zur Durchführung der Teilnahme am Demonstrationsnetzwerk erforderlich.

b) Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO, Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO, § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) i.V.m. § 17a Abs. 2 Nr. 3 und § 17b Abs. 3 Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (LLG), da sie aufgrund Ihrer Anfrage zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist und zur sich gegebenenfalls daran anschließenden Erfüllung des entsprechenden Teilnahmevertrages.

Um Ihre personenbezogenen Daten darüber hinaus zu nutzen, benötigen wir Ihr Einverständnis, welches bei Bedarf gesondert eingeholt wird. Die Rechtsgrundlage für eine weiterführende Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten ist nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a DS-GVO Ihre Einwilligung.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten die unter Ziff. 3a) näher aufgeführten Daten, insbesondere

- Vor- und Nachname, Titel
- Kontaktdaten (bspw. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Bankverbindung
- Betriebsdaten / betriebswirtschaftliche Daten

5. Woher stammen Ihre Daten?

Wir verarbeiten vor allem die personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen Ihrer Anfrage bzw. im Laufe des Verfahrens Verfügung gestellt haben. Darüber hinaus verarbeiten wir auch weitere Informationen, die wir von den Behörden / Kommunen erhalten, die uns rechtmäßig die personenbezogenen Daten übermittelt haben oder die wir ggfs. zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts beteiligt haben.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Wir prüfen den Gegenstand des Verfahrens bzw. Ihrer Anfrage und müssen dazu den maßgeblichen Sachverhalt umfassend aufklären.

Die Daten legen wir in einer Akte ab; zudem erfassen, verwenden und speichern wir diese auch elektronisch.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten geben wir nur dann an andere Stellen, Behörden oder Dritte weiter, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Empfänger:

- Zuständiges Landwirtschaftsamt
- ggfs. Gerichte
- ggfs. Rechnungshof
- ggfs. Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Bei Vorträgen, Praxisleitfäden oder anderen Publikationen werden nur anonymisierte Daten verwendet. Bei Feldtagen werden die Versuchsergebnisse, die auf den Flächen des jeweiligen Betriebes gewonnen wurden, BerufskollegInnen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Datenbankverwaltung liegt bei den Projektmitarbeitenden des zuständigen Netzwerks.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht nicht.

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist jedoch zum Vertragsabschluss zur Teilnahme am Netzwerk erforderlich. Ohne die Angabe der entsprechenden Daten kann kein Vertrag geschlossen werden.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert und die Akten nur so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Soweit – wie hier – für ein Verfahren keine besonderen Aufbewahrungsfristen festgelegt und keine kürzeren datenschutzrechtlichen Fristen zu beachten sind, werden die personenbezogenen Daten nach der Gemeinsamen Anordnung der Ministerien über die Verwaltung des Schriftguts der Behörden des Landes (AnO Schriftgut) im Regelfall 10 Jahre aufbewahrt und gespeichert. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der das Projekt abgeschlossen worden ist.

Falls kein Vertragsabschluss zustande kommt, werden die Daten spätestens sechs Monate nach der Ablehnung gelöscht, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und – wenn ja – welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des jeweiligen Regierungspräsidiums zukommen lassen. Die entsprechenden Adressen finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW) eine Beschwerde erheben. Diese können Sie auch online einlegen unter <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>.